



montags-info



FÜR ARBEITSZEITVERKÜRZUNG - GEGEN SOZIALABBAU

Wirtschaftskrieg auf dem Rücken der Bevölkerung

Am 7./8. Juli 2017 findet in Hamburg der G-20 Gipfel statt. Dort wird auch der aufflammende Wirtschaftskrieg zwischen Deutschland und den USA ausgetragen.

Der Titel des Theaterstücks heißt bescheiden „Group of 20“. Beim aktuellen Treffen unter der Präsidentschaft der deutschen Kanzlerin Angela Merkel wird es mehr Krach geben als gewöhnlich. Das zeigte sich bereits auf dem G7-Treffen im Mai in Italien. US-Präsident Donald Trump weigerte sich, dem bisherigen Konsens der G7 und G20 zu folgen, das Pariser Abkommen zum Klimawandel zu unterstützen und das traditionelle Bekenntnis zum Freihandel abzugeben. Das ist der Form nach ein radikaler Schwenk. Frühere Schlusserklärungen der G7 wurden vom US-Finanzministerium mit vorformuliert und wandten sich meist tadelnd an andere Länder (insbesondere China) mit dem Vorwurf, sie würden die eigene Währung zum eigenen Vorteil manipulieren. Trump und seine Regierung verfochten dagegen offen die Position, die Freiheit des Welthandels sei nur dann akzeptabel, wenn es gemäß dem Motto „America first“ den USA nütze. Nach dem Gipfel klagte die deutsche Kanzlerin Angela Merkel öffentlich, sie sehe in den USA keinen verlässlichen Partner mehr.

Traditionell vertritt die deutsche Regierung die Interessen ihrer Monopolkapitalisten an der Aufrechterhaltung freien Handels und freien Kapitalverkehrs noch rigoroser als die USA und verteidigt zugleich den riesigen Überschuss in der deutschen Handels- und

Leistungsbilanz. Die Kritik daran und die Forderung an Deutschland, durch staatliche Maßnahmen die Nachfrage im eigenen Land zu stärken, damit die Einfuhr zu erhöhen und die Defizite anderer Länder zu mindern, wird auf diesem Gipfel noch leichter abzuwehren sein. Zumal der neue französische Präsident Emmanuel Macron fester als alle Vorgänger auf Seiten Deutschlands steht.

Der Handelskrieg zwischen Deutschland und den USA findet auf dem Feld der Energiepolitik statt. Vor vier Wochen hat der US-Senat ein Gesetz gebilligt, das der Regierung in Washington jederzeit die Möglichkeit gibt, gegen Unternehmen vorzugehen, die Energiegeschäfte mit Russland betreiben. Das ist eine Kriegserklärung gegen europäische, besonders aber deutsche Konzerne, für die der Zugang zu billigem russischem Erdgas geschäftsentscheidend ist.

aus: UZ – Unsere Zeit, 30.06.2017, gekürzt

Hamburgs Polizei putscht gegen die Justiz

Der Protest gegen den G-20 Gipfel wird mit aller Gewalt bekämpft.

Hamburgs Polizei hat sich am (2. Juli) über ein Urteil des Verwaltungsgerichts Hamburg

hinweggesetzt und ohne geltende Rechtsgrundlage den Aufbau des Antikapitalistischen Camps im Elbpark Entenwerder im Stadtteil Rothenburgsort verhindert. Rechtsanwalt Martin Klingner sprach in diesem Zusammenhang von einem »Putsch der Polizei gegen die Justiz«. Der Anwaltliche Notdienst des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV) forderte in einer Pressemitteilung die Ablösung des Einsatzleiters der Polizei, Hartmut Dudde.

Trotz positiver Eilentscheidung des Hamburger Verwaltungsgerichts (VG) in der Nacht zum 2. Juli 2017 (Az. 75 G 3/17) hat die Hamburger Polizei den Versammlungsteilnehmern des Antikapitalistischen Camps den Zugang zu dem angemeldeten Gelände Entenwerder verweigert und angekündigt, dass der Gesamteinsatzleiter Dudde persönlich ein absolutes Versammlungsverbot auf dem Gelände durchsetzen werde. Herr Dudde behauptet derzeit ggü. der Presse schlicht, es gebe keine gerichtliche Entscheidung.

Dazu Rechtsanwalt Martin Klingner, der die Anmelder des Camps Entenwerder erfolgreich vor dem Verwaltungsgericht vertreten hat: »Die Hamburger Polizei bricht die Verfassung, aber wir werden uns durchsetzen.«

Quelle: www.redglobe.de, gekürzt

„Moderne Sklaverei“ für Hartz IV Betroffene

*Hartz IV Bezieher als
Schadensbeseitiger zum
Hungerlohn.*

Überschwemmungen suchten im Mai den Saalekreis in Sachsen-Anhalt heim. Den Schaden beseitigen jetzt Hartz IV Betroffene für 1 Euro die Stunde. Bis Ende Juni arbeiten sie jetzt bis zu 30 Stunden pro Woche, um die Schäden zu beseitigen. Sie hätten also im Klartext bei einer 30 Stunden Woche einen Wochenlohn von 30,00 Euro – für Schwerarbeit. Wenn Betroffene einen solchen Ein-Euro-Job ablehnen, können sie sanktioniert werden. Statt also ein Taschengeld für harte Arbeit zu bekommen, werden ihnen dann die Existenzmittel genommen. Die Kürzungen können bis zu 100 Prozent betragen.

Extreme Ausbeutung

Pro forma dürfen Ein-Euro-Jobs nicht in Konkurrenz zu regulärer Arbeit stehen. Hier bietet sich einmal wieder ein Paradestück, wie wenig das mit der Realität zu tun hat. Um die Schäden nach Unwettern zu beseitigen, gibt es nämlich Handwerksfirmen, die genau das professionell tun. Die nehmen vollkommen berechtigt für ihre reale Arbeit circa 30,00 Euro die Stunde.

Die armen Schlucker, die von Hartz IV abhängig sind und teilweise selbst ein Handwerk gelernt haben, bekommen 1,00 Euro für diese Schwerarbeit.

50 Cent für Bus und Butterbrot

Bei der Flut 2013 setzten die Jobcenter in Sachsen-Anhalt circa 3000 dieser modernen Hartz-IV-Sklaven ein. Die bekommen gegenwärtig übrigens 1,50 Euro pro Arbeitsstunde. Mit den 50 Cent zusätzlich sollen sie Fahrtkosten und Verpflegung zahlen..

aus: www.gegen-hartz.de, gekürzt

Ohne Angst ins Krankenhaus

*Für mehr Personal an
Krankenhäusern.*

Es ist alltäglich: das Gefühl, in den Krankenhäusern nicht die Pflege und Betreuung zu erhalten, die man erwartet. Da dauert es, bis auf das Signal am Bett reagiert wird, die Reinigung läuft im Minutentakt und auch bei der Tablettenausgabe hofft man, dass es die richtigen Medikamente sind. Das Pflegepersonal wirkt mehr als gestresst und erschöpft, versucht dennoch ruhig und nett zu sein. Ja, das Gefühl verstärkt sich, dass etwas nicht stimmt. Und dieses Gefühl täuscht nicht.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat 2013 festgestellt, dass in den Krankenhäusern bundesweit rund 162 000 Vollzeitstellen fehlen. Und in der Nacht ist der Zustand noch katastrophaler. Mit dem Nachtdienstcheck enthüllte ver.di 2015, dass auf mehr als der Hälfte der Stationen eine Pflegekraft durchschnittlich 25 Patientinnen versorgen musste. Das hat Einfluss auf die gesetzlich vorgeschriebenen Pausen. Mehr als 75 Prozent der Pflegekräfte hatten keine ungestörte Pause.

Ein anderer Gradmesser für den Pflegenotstand ist die Anzahl der Überstunden. Hierzu hat ver.di die Situation im letzten Jahr untersucht: Die Beschäftigten in den Krankenhäusern schieben 35,7 Millionen Überstunden vor sich her, also 32,5 Überstunden pro Person. Ursache ist ein Personalmangel.

Der Mensch wird zur Ware, beim Personal wird eingespart und die frühzeitigen Patienten-Entlassungen nehmen zu. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass immer mehr Patientinnen von immer weniger Pflegekräften betreut werden.

Die andere Ursache liegt in der Privatisierung von Krankenhäusern

– im Verkauf von staatlichen Krankenhäuser an Krankenhauskonzerne und Ausgliederung von z. B. Küche oder Reinigung an Fremdfirmen oder auch intern an Tochterunternehmen. Privatwirtschaftlich betriebene Unternehmen sind aber gezwungen Gewinn zu machen. Und das tun sie im Wesentlichen durch Senkung der Lohnkosten und durch Tariffucht.

Um die Angst vor dem Krankenhaus zu verlieren, um den Menschen wieder in den Mittelpunkt zu rücken und gleichzeitig die Situation der dort Beschäftigten zu verbessern, sind drei Schritte notwendig:

Zum Ersten muss der Pflegeberuf deutlich aufgewertet werden. Es kann nicht richtig sein, dass die Arbeit mit Menschen weniger Wert ist als das Zusammenbauen eines Autos.

Zum Zweiten muss wesentlich mehr Personal eingestellt werden. Das sichert eine menschengerechte Pflege und eine Entlastung der Beschäftigten gleichermaßen.

Und zum Dritten muss eine Ausbildungsverpflichtung her. Denn der Mangel an Pflegekräften liegt doch darin begründet, dass zu wenig ausgebildet wurde.

Quelle: UZ – Unsere Zeit, 30.06.2017, gekürzt



<http://news.dkp.de>

Seit 4/2004 Immer montags

www.dkp-karlsruhe.de

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Herausgeber: DKP Karlsruhe, V.i.S.d.P.: Hans Jürgen Rettig, 76703 Kraichtal.

Alle bisher erschienenen Montags-Infos unter www.dkp-karlsruhe.de

www.dkp.de

Kontakt: dkp.karlsruhe@gmx.de

www.unsere-zeit.de